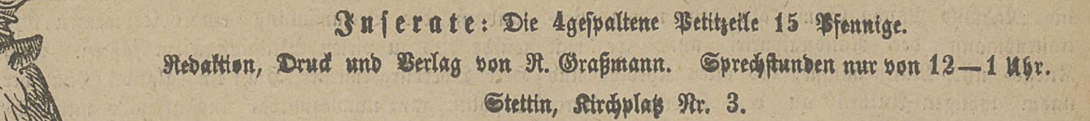
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 8. Februar 1882. Nr. 65.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Dem Bundesrath ist Mittheilung in Bezug auf die im Reichshaus[halts]etat für 1882—83 vorgesehene Betheiligung [Deu]tschlands an internationalen Polarforschungen [zu]gangen. Der Reichskanzler hat im Einverständ[niß] mit den Bundesregierungen eine Kommission [von] Fachgelehrten berufen und mit der Aufstellung [des] Entwurfs eines Planes und Kostenanschlags [bet]raut. Diese Kommission hat nach erfolgter Ver[stä]ndigung über die Grundzüge des aufzustellenden [P]lanes zunächst eine Geschäftsordnung entworfen, [w]elche jetzt dem Bundesrath mit der Bitte um Be[sc]hleunigung zur Beschlußnahme vorgelegt wird. Nach dem Geschäftsordnungs-Entwurf soll die deutsche Polarkommission aus folgenden Mitgliedern be[st]ehen: dem Professor Dr. Neumayer, Direktor der [de]utschen Seewarte in Hamburg, als erstem Vor[si]tzenden, dem Kapitän z. S., Frhr. von Schleinitz, [V]orstand des Hydrographischen Amts der kaiserlichen [A]dmiralität in Berlin, als zweitem Vorsitzenden, [de]m Prof. Dr. v. Bezold, Direktor der königlich [bay]rischen meteorologischen Zentralstation in Mün[ch]en, dem Dr. Börgen, Vorstand des Observato[ri]ums der kaiserlichen Marine in Wilhelmshaven, dem Professor Dr. Förster, Direktor der königlichen Sternwarte in Berlin, dem Prof. Dr. Helmholtz in Berlin, dem Dr. Nachtigal, Vorstand der Gesellschaft für Erdkunde in Berlin, dem Dr. Schreiber, Dirigent des meteorologischen Büreaus für das Königreich Sachsen in Chemnitz, und dem Dr. Siemens in Berlin.

— Garibaldi, dessen Gesundheitszustand seit geraumer Zeit viel zu wünschen übrig ließ, ist in den letzten Tagen so schwer erkrankt, daß nach einer Mittheilung des republikanischen römischen Blattes: „Capitan Fracassa" das unmittelbar bevorstehende Ableben des Generals zu befürchten ist. Vor einiger Zeit bereits mußte er den Aufenthalt auf Caprera mit demjenigen in Neapel vertauschen, woselbst er in einer Villa am Posilippo der besten Pflege genießt. Die Fürsorge der königlichen Familie für den bewährten italienischen Nationalhelden, der trotz seiner Irrungen und republikanischen Anwandlungen der letzten Jahre sich um das Haus Savoyen wohl verdient gemacht hat, äußert sich in der mannigfaltigsten Weise. Bei der Fahrt nach Neapel wurde ihm ein Schiff der königlichen Marine zur Verfügung gestellt; auch wird dem König Humbert die Absicht zugeschrieben, persönlich dem General noch einen Besuch abzustatten. Was das Leiden Garibaldi's anbetrifft, so hängt dasselbe mit der Altersschwäche des Generals zusammen, der, am 4. Juli 1807 geboren überdies durch die während seines dramatisch bewegten Lebens erlittenen Strapazen in seiner Gesundheit heftig erschüttert ist. Zunehmende Entkräftung sowie starker Husten und Auswurf sind die bei einem Alter von mehr als 74 Jahren äußerst bedenklichen Symptome. Die Diagnose der Aerzte lautet auf Schleimfluß (broncorrea) und atonische Verdauungsschwäche (dispepsia atonica). Die neapolitanische Bevölkerung nimmt an dem Zustande Garibaldi's den lebhaftesten Antheil. An dem Gitter der Villa sind Ehrenposten von Seiten der Bürgerschaft aufgestellt, denen es insbesondere obliegt, alle ungelegenen Besucher fernzuhalten. Ob es andererseits ein glücklicher Gedanke war, daß sieben verschiedene Aerzte die Behandlung des Patienten übernahmen, so daß alltäglich ein anderer in der Villa am Posilippo erscheint, mag dahingestellt bleiben. Während in den letzten Tagen des Januar eine gewisse Besserung im Befinden des Generals konstatirt wurde, ist dessen Zustand neuerdings derartig, daß von Seiten der Aerzte eine weitere Veränderung des Aufenthaltes in Aussicht genommen worden ist, und zwar soll Garibaldi in eine andere Villa von Neapel gebracht werden, weil ihm angeblich die Luft am Posilippo nicht zuträglich ist. Der warme Patriotismus, welcher von jeher den Grundzug im Charakter Garibaldi's bildete, verleugnet sich auch in diesen Tagen schweren Leidens nicht. So äußerte er jüngst noch: „Ich wünschte, vor meinem Tode dem Vaterlande noch Dienste leisten zu können!"

— Heute erfolgt die Eröffnung des englischen Parlaments. Wie die „Times" meldet, wird die Thronrede die Erklärung enthaltn, daß England in Uebereinstimmung mit Frankreich den Angelegenheiten Egyptens auch fernerhin sorgfältige Aufmerksamkeit widmen, seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und die Interessen des egyptischen Volkes nicht unberücksichtigt lassen werde. Die Rechte des Sultans sollten aufrecht erhalten werden. Ueber die Haltung der übrigen Mächte in der egyptischen Frage würde die Thronrede keinen Passus enthalten.

Wie die heutigen Londoner Morgenblätter melden, ist in der Burg zu Dublin kürzlich ein an den Generalsekretär Forster adressirter Brief eingelaufen, der wegen seines verdächtigen Aussehens der Polizei übergeben wurde. Das Kouvert enthielt einen Sprengstoff, welcher bei weniger vorsichtigem Oeffnen den Oeffnenden schwer verletzt, vielleicht getödtet hätte. Forster war vor dem Eintreffen des Briefes nach London abgereist.

— Bei der heutigen ersten Lesung der kirchenpolitischen Vorlage im Abgeordnetenhause sind alle Logen und Tribünen überfüllt, das Haus ist vollständig besetzt. Die einleitende Rede des Kultusministers von Goßler erregte abwechselnd den Widerspruch der liberalen Seite und des Zentrums, Beifall nur auf der Rechten. Auf der Rednerliste sind Liberale und Klerikale gegen den Entwurf verzeichnet, Konservative dafür. Herr v. Schorlemer-Alst, der erste Redner nach dem Minister, beginnt im scharf polemischen Tone gegen die Regierung.

— Die „Germania" schreibt: „Wie wir hören, ist dem Domkapitel zu Breslau ein päpstliches Breve zugegangen, in welchem der h. Vater die Haltung des Kapitels belobt und den Verzicht desselben auf die Wahl eines Fürstbischofs acceptirt. In welchem Stadium sich die Breslauer Bischofsfrage befindet, ist uns unbekannt; es ist wohl aber irrig, wenn man die Lösung derselben schon nach Tagen berechnet."

— Die Verhaftungen in Lemberg, wo man ein panslawistisches Agitationskomitee entdeckt zu haben glaubt, sind in ihrem Ursprung auf die Huiliczki-Affaire zurückzuführen. Bekanntlich traten vor einiger Zeit die Bauern des Dorfes Huiliczki in Ostgalizien plötzlich vom griechisch-katholischen zum russisch-orthodoxen Glauben über. Die auffällige Thatsache führte, obwohl die Bauern inzwischen ihre Konversion bereits wieder zurückgenommen haben, zu umfangreichen Erhebungen und Haussuchungen, welche das Vorhandensein einer weitverzweigten russophilen Propaganda in Galizien konstatirt haben sollen. Thatsache ist, daß der Statthalterei-Vize-Präsident Zaleski, welcher dem Kaiser Franz Josef über die Angelegenheit Bericht erstattet hat, die strikte Weisung erhielt, gegen die Agitatoren energisch vorzugehen. Andere Auffassungen legen der Sache ein übergroßes Gewicht nicht bei; es ist leicht möglich, daß man nichts Anderes als die Agitation der kleinrussischen Ruthenen gegen ihre Unterdrücker, die polnischen Edelleute, entdeckt hat, wobei die letzteren die Rolle der Denunzianten übernommen hatten, um die ruthenische Opposition mit Hülfe des Staats todt zu machen. Die eingeleitete gerichtliche Untersuchung wird ja wohl feststellen, wie viel von den umlaufenden Gerüchten auf Uebertreibung beruht.

Ausland.

London, 4. Februar. Der Ministerwechsel in Kairo hat sich unter folgenden Umständen vollzogen. Als die Abgesandten der Notabelnkammer dem abgegangenen Premier ihr Ultimatum überreichten — Annahme ihres Verfassungsentwurfs oder Abdankung — erbat er sich Bedenkzeit, um sich mit seinen Amtsgenossen und den Vertretern der Westmächte zu berathen; unterdessen sollten sie ihm ihren Entwurf zu reiflicher Ueberlegung zurücklassen. Die Abgesandten schlugen dies rund ab. „Wollen Sie nicht unser Programm sofort annehmen" — sagten sie ihm —, „so wird sich schon ein anderer Minister finden, der ohne Bedenken einwilligt." Von Scherif gingen sie zielbewußt zum Khediv. Ihm setzten sie ihr Anliegen klar auseinander: Scherif wolle ihr Programm nicht, verscherze also das Vertrauen der Nationalpartei und müsse abgesetzt werden. Der Khediv war schlauer als die Abordnung. „Früher", sagte er, „erklärtet ihr, daß Scherif euer Vertrauensmann sei, daß ihr nur ihm allein folgen wolltet." Betroffen schwiegen die Abgesandten, erneuerten aber doch ihre Forderung, Scherif entlassen zu sehen „Wir wollen ihn nicht!" sagten sie verbissen. Darauf bat sie der Khediv um ihr Programm, um zu sehen, was sich thun ließe. Unterdessen kam ihnen Scherif selbst zuvor, indem er seine Abdankung in die Hände Tewfiks niederlegte. Letzterer genehmigte sie, obgleich mit Widerstreben, ließ die Abordnung wiederkommen, um ihnen die Thatsache mitzutheilen und

---

Feuilleton.

Central-Verband der Armenpflege-Vereine Stettins.

General-Versammlung vom 7. Februar 1882.

I.

Herr Professor Kuhr eröffnet die Sitzung, weist auf die Nothwendigkeit einer festen Organisation aller wohlthätigen Vereine Stettins hin und erläutert die über die Bestrebungen des „Central-Verbandes" noch bestehenden Unklarheiten. Der Verband besteht jetzt 2 Jahre und wird demnächst seinen Jahresbericht herausgeben, der sicher dazu beitragen wird, dem Verbande in weitesten Kreisen Sympathie und Freunde zu erwerben. Er ertheilt hierauf der Frau Bürgermeister Sternberg das Wort.

Frau Bürgermeister Sternberg:

Hochgeehrte Anwesende!

Ehe ich zu dem eigentlichen, mir zugefallenen Auftrage, Ihnen ein Bild der Thätigkeit des Centralverbandes im Jahre 1881 zu geben, übergehe, möchte ich bei denen, welche schon öfter unsere Versammlungen besucht und der Entwicklung des Verbandes mit wohlwollendem Auge und Herzen gefolgt sind, um die Erlaubniß nachsuchen, für diejenigen, welche zum ersten Male hier erschienen sind und welche unserer Sache noch ganz fern stehen, mit kurzen Worten das Wesen und den Zweck unseres Verbandes darlegen zu dürfen. Ich habe oft gefunden, daß nur Wenige außer dem Kreise des Vorstandes sich darüber klar sind, was der Central-Verband ist, und was er nützen soll. Viele halten ihn für einen neuen Unterstützungsverein, und reden demgemäß vom Central-Verein. Wir haben mit Fleiß das Wort Central-Verein vermieden und das Wort Verband gewählt, denn es soll eben nichts weiter mit dem Central-Verband gemeint sein, als eine Verbindung sämmtlicher Armenpflege übenden Vereine, Behörden und Personen unter sich zu gegenseitiger Aufklärung und Mittheilung gemachter Erfahrungen. Thatsächlich wird diese Verbindung erzielt und dargestellt durch die Vertreter und Vertreterinnen obengedachter Vereine und Behörden, welche sich monatlich zu einer Sitzung versammeln, ihre Erfahrungen austauschen und das Wichtigste in dem sogenannten Hauptbuch zu Nutz und Frommen Auskunftsuchender niederlegen.

Andererseits ist noch vielfach die Ansicht verbreitet und durch dieselbe ein Mißtrauen erweckt, als wolle der Centralverband eine Ueberwachung und Kontrollirung der verschiedenen Vereine und ihrer Gaben bezwecken. Auch diese Absicht liegt dem Vorstand des Central-Verbandes gänzlich fern. Was ist denn dieser Vorstand anders als die Vertreter eines jeden Vereins? Was vertritt jeder Vertreter anders als die Interessen seines Vereins; und was ist das Hauptinteresse jedes Vereins anders, als die ihm anvertrauten Geldmittel auf die zweckmäßigste Art zu verwenden und namentlich sich davor zu hüten, daß sie nicht an die falsche Adresse gelangen, d. h. in die Hände solcher Personen, welche „weder würdig noch bedürftig sind", um mich des landläufigen Ausdrucks zu bedienen. Die Verhältnisse der Bittenden schneller und leichter, als durch eigene allmälige Erfahrungen kennen zu lernen, dazu soll der gegenseitige Austausch, die gegenseitige Mittheilung gemachter Erfahrungen in den Sitzungen dienen. Aus diesem Bedürfniß, die Erfahrungen Aller jedem Einzelnen leicht zugänglich zu machen, ist überhaupt die Idee des Central-Verbandes nur entstanden, und so gut als möglich bis jetzt zur Verwirklichung gelangt — harrt aber noch sehr ihres inneren Ausbaues und der kräftigen Unterstützung des Publikums.

Ich meine diesmal nicht Unterstützung durch Geld und Gaben, sondern durch Eingehen auf unsere Idee; dies Eingehen geschieht eben am besten einmal durch Benutzung unserer Erfahrungen und andererseits durch Mittheilung gemachter Erfahrungen an uns und unser Hauptbuch. Gezwungen und verpflichtet wird aber Niemand, unseren Erfahrungen nachzuleben und nachzuhandeln; will Jemand trotz unserer Mittheilungen, sei es, daß sie ihm nicht korrekt genug dünken, sei es, daß er ihnen aus irgend einem Grunde mißtraut, seine eigenen Erfahrungen machen — es steht ihm völlig frei, wir hindern ihn nicht, und werden ihm herzlich dankbar sein, wenn er uns nachher dieselben zur Vervollständigung unser Notizen mittheilte.

Das ist die Hauptsache, um welche wir beim Pubkikum bitten, mitzuhelfen, Jeder nach Kräften, den Zweck des Verbandes zu erfüllen. Und der Zweck ist, die der Wohlthätigkeit zu Gebote gestellten Mittel möglichst vor falscher Verwendung und Zersplitterung zu bewahren. Also noch einmal ganz kurz: Was ist der Central-Verband? Die freie Vereinigung der Vertreter armenpflegender Vereine und Behörden behufs Austausch der Erfahrungen und Meinungen.

Was soll der Central-Verband nutzen? Die Verhütung der Zersplitterung und falschen Verwendung der Mittel durch Benutzung der gesammelten Erfahrungen.

Lassen Sie uns nun einen Blick auf die Thätigkeit des Central-Verbandes, speziell seines Vorstandes im vergangenen Jahr werfen. Diese Thätigkeit besteht einmal in der obengeschilderten Vermittlung des Austausches und der Sammlung der Erfahrungen. Wir haben mit Ausnahme der Monate Juli und August, wo überall die Vereinsthätigkeit ruht, unsere Sitzungen regelmäßig jeden Dienstag nach dem Ersten jedes Monats gehalten; wir haben unser Hauptbuch nach Kräften vervollständigt und ergänzt, können uns freilich nicht verhehlen, daß gerade nach dieser Richtung hin unsere Wünsche noch nicht voll befriedigt sind. Wir haben ferner zu Weihnachten wieder durch Aufstellung von Listen eine gewisse Uebersicht und Ordnung in die Weihnachtsbescheerungen für Kinder zu bringen versucht, und solche Versuche auf die Vertheilung von Brennmaterialien an die Armen ausgedehnt. Obwohl im erstern Fall zu Weihnachten ein großer Fortschritt nicht zu verkennen war, so sind wir doch in beiden Fällen zu sehr auf die Unterstützung des Publikums angewiesen, als daß ich nicht die Gelegenheit benutzen möchte, die herzliche Bitte auszusprechen, uns solche Unterstützung recht kräftig zu Theil werden zu lassen, indem Jeder, welcher zu Weihnachten Kinder beschenken oder Brennmaterial vertheilen möchte, solche Absicht in unserer Diakonissen-Station, große Ritterstraße 6, anzeigt und durch Mittheilung drr Namen der zu Beschenkenden sich vergewissert, daß dieselben nicht schon anderweitig bedacht sind. Unser Vorstands-Mitglied, Schwester Marie Berg, hat es sich viel Mühe kosten lassen, die Listen für die Weihnachtsbescheerungen zusammenzustellen, und ich habe, soweit eine Kenntniß zu erlangen war, dasselbe bei der Brennmaterial-Vertheilung gethan. Es liegt namentlich bei den Weihnachtsbescheerungen eine große Gefahr nicht allein darin, daß einzelne Familien zwei, dreimal etwas bekommen, während andere leer ausgehen, sondern noch mehr darin, daß für die Kinder, welche mit ihren Müttern, oft auch ohne dieselben, bei allen als Weihnachtsschenker bekannten Persönlichkeiten umherbetteln, jegliche Spur der Bedeutung des Weihnachtsfestes verloren geht, und daß sie mit keinem Gedanken an die Liebe und Freundlichkeit der sie Beschenkenden denken, sondern die ganze Sache nur als ein einbringendes Gelegenheits-Geschäft betrachten, bei dem es heißt, schnell sein, zudringlich sein, um Anderen den Rang abzulaufen und möglichst viel einzuheimsen. Ebenso verhält es sich bei dem Laufen und Stürmen um Brennmaterial, nur ist der Eindruck da nicht so widerwärtig, weil es nur die Alten sind, welche diese Jagd anstellen und weil das ästhetische Gefühl dabei nicht so verletzt wird, wie bei dem Jagen nach Weihnachtsgaben. Daß die erjagten Holz- und Torfzettel zuweilen für einen Spottpreis verkauft werden, um das Geld zu anderen Zwecken zu verwenden, wird erzählt, ganz sicher nachgewiesen ist es wohl nur in ein oder zwei Fällen. Wenn es der Vermittelung des Central-Verbands gelänge, auch da Abhülfe zu schaffen, wäre es für manche arme Familie, die jetzt kärglich bedacht wird, weil sie Quellen und Wege noch nicht so kennt, sehr vortheilhaft und dem guten Zweck entsprechender.

sie um ihre eigene Ministerliste anzugehen. Anfangs beobachteten sie wiederum ein trotziges Stillschweigen; aber gedrängt vom Khedive gaben sie schließlich Mahmud Pascha Sami als den nenen Vertrauensmann der Nationalpartei an. Er war Kriegs- und Marineminister des alten Khedivs und nahm thätigen Antheil an den Unruhen, durch welche Rivers Wilson und Nubar verjagt wurden. Tewfik ging sofort auf diesen Vorschlag ein und ließ Mahmud kommen, um ihn mit der Bildung des neuen Vertrauenskabinets zu beauftragen. Aarabi Bey wird selbstverständlich darin das Portefeuille des Kriegs und der Marine übernehmen; Ali Sadik die Finanzen, Mahmud Bey die öffentlichen Arbeiten, Mustapha das Aeußere und die Justiz und Abdallah Feyri den Unterricht. Soviel über die egyptische Ministerkrisis. Die Thatsache an sich hätte nichts Beunruhigendes, denn wo ein Ministerium ist, gehört dessen Wechsel zu den natürlichen Vorkommnissen. Der Kernpunkt liegt darin, daß Scherif fiel als Widersacher des neuen Nationalprogramms und daß Mahmud Sami gewählt wurde als dessen Schirm und Hort. In dem neuen Programm aber hat — vorläufig wenigstens — die französisch-englische Finanzkontrolle keinen Platz und kein Unterkommen. Angesichts dieser Lage treten nun für England zwei inhaltschwere Fragen auf, die augenblicklich sein öffentliches Gewissen beunruhigen. Erstens: Fällt dieser Ministerwechsel in den Bereich der von der Kollektivnote hervorgehobenen Verwickelungen? Und zweitens: Nöthigt der Inhalt dieser Kollektivnote die Kontrollmächte zu bewaffneter Dazwischenkunft oder nicht? Die erste Frage ist gleichbedeutend mit der anderen, ob die Sachlage in Egypten verändert sei. Diese Sachlage ist augenblicklich das Schoßkind der ganzen Welt, der Westmächte, der Türkei und der vier übrigen Mächte; alle wünschen sie aufrechtzuerhalten.

Provinzielles.

Stettin, 8. Februar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilte der Vorsitzende, Herr Dr. Wolff, zunächst mit, daß vom Magistrat eine Vorlage betreffend die Abänderung des Normal-Besoldungs-Etats der städtischen Beamten eingegangen ist, welche in nächster Sitzung zur Berathung kommen wird, falls die Finanzkommission bis dahin mit der Vorberathung zu Ende kommt. Ein neues Schreiben des Herrn Ladwig, Schiffbaulastadie 2, betreffend Verpflegung von Waisenkindern, wird, wie das unterm 10. Januar von demselben Herrn überreichte Schreiben dem Magistrat überweisen. — Für die von dem Büreau in letzter Sitzung gemachten Vorschläge für verschiedene Kommissions-Mitglieder sind keine Einwendungen gemacht worden und sind demgemäß die Vorschläge angenommen, nur Herr Setzke, welcher zum Mitgliede der Armen-Direktion II. vorgeschlagen war, hat mit Rücksicht auf seine Geschäftsthätigkeit die Wahl abgelehnt, an dessen Stelle wird Herr Dr. Meyer gewählt.

Von der Mittheilung der Nachweisung von dem im 3. Etatsquartal nachbewilligten Beträgen wird Kenntniß genommen, demnach sind im Ordinarium 31174,80 Mark, im Extra-Ordinarium 16520,53 Mk. nachbewilligt.

In der Sitzung vom 10. Januar d. J. hatte sich die Versammlung mit einem Gesuch des Turn-Vereins zu beschäftigen, welches dahin ging, diesem Verein die städtische Turnhalle für Donnerstag Abend kostenlos zu überlassen. Die Versammlung beschloß, dem Verein die Benutzung für den gewünschten Abend zu überlassen, falls der Verein dafür 100 Mark Miethe jährlich zahlt. Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß vom Magistrat dem Ruder-Klub „Germania" bereits die Erlaubniß zur Benutzung der Turnhalle für Donnerstag Abend ertheilt sei. Diese Erlaubniß wurde zurückgezogen. Inzwischen sind 3 neue Gesuche eingegangen, zunächst vom Stettiner Turn-Verein, welcher erklärte, auf die gemachte Offerte nicht eingehen zu können, da es ihm nicht möglich sei, die Miethe von 100 Mk. zu zahlen und bittet den Beschluß vom 10. Januar aufzuheben. Der Ruder-Klub „Germania" bittet gleichfalls, ihm für einen Abend in der Woche die Turnhalle kostenfrei zu überlassen. Ein gleiches Gesuch hat für die neue Turnhalle in der Moltkestraße der Kaufmännische Turn-Verein eingereicht. Auf diese Gesuche schlägt die Finanz-Kommission vor, in Betreff des Stettiner Turn-Vereins den Beschluß vom 10. Januar aufrecht zu erhalten und dem Ruderklub „Germania" und dem Kaufmännischen Turnverein für einen Abend in der Woche die Benutzung der Turnhalle gegen eine Miethe von je 100 Mk. pro Jahr zu gestatten. Diese Anträge werden angenommen. Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Stettiner Turn-Verein die Turnhalle auch an andere Vereine, wie die Ruderklubs „Vineta" und „Sport", gegen Zahlung einer bestimmten Summe zur Benutzung überlassen habe. In Folge dessen soll demnächst der Kontrakt vom Magistrat einer Prüfung unterworfen und untersucht werden, ob nach demselben dem Turn-Verein eine derartige Aftervermiethung gestattet ist. Gleichzeitig ist eine Mittheilung eingegangen, wie oft und zu welchem Zwecke die Lokalitäten der städtischen Gebäude an Vereine und Privatpersonen vergeben worden sind. Es betrifft dies meist Fälle, wo es sich um wohlthätige und kommunale Zwecke handelt. Die Finanz-Kommission schlägt vor, zu beschließen, daß in Zukunft zu jeder Benutzung von städtischen Räumen die Zustimmung der Versammlung eingeholt werden soll.

Herr Graßmann bittet von diesem Beschluß abzustehen, da unsere Stadt kein öffentliches Lokal zur Abhaltung größerer Konzerte rc. aufzuweisen hat und die Stadt daher die Pflicht hat, die öffentlichen Lokale zu solchen Zwecken herzugeben. Sollte in jedem einzelnen derartigen Fall die Erlaubniß der Versammlung eingeholt werden, so würde dies zu vielen Weitläufigkeiten führen. Auch Herr Oberbürgermeister Haken glaubt, daß der Beschluß ganz unausführbar und gesetzlich unberechtigt sei. — Nachdem noch Herr Piest gegen und der Referent, Herr Werner für den Antrag das Wort ergriffen, wird derselbe mit schwacher Majorität angenommen.

Die Herabsetzung des Zinsfußes auf $4^1/_2$ pCt. bei zwei von der Stadt ausgeliehenen Hypotheken-Kapitalien wird genehmigt; ebenso die Verbindung des Feuerwehrkabels mit dem Schauspielhause. — Zu Mitgliedern der 11. Schul-Kommission werden die Herren Holzhändler Krüger und Bäckermstr. Kuhn und zum Mitgliede der 23. Armen-Kommission Herr Töpfermeister Berkhahn gewählt. Gegen die anderweitige Abgrenzung der den Bezirksvorstehern zu überweisenden Waisenrathsbezirke hat der Referent, Herr Saunier, Bedenken, er schlägt jedoch vor, einstweilen die vom Magistrat vorgeschlagene Eintheilung zu genehmigen Besonders macht derselbe darauf aufmerksam, daß die Arbeit der Waisenräthe sehr ungleich sein wird, da z. B. in dem einen Bezirk nur drei Waisen sind, während in einem anderen 396 Waisen zu beaufsichtigen sind.

Herr Sperling schlägt vor, zunächst eine Organisation zu schaffen, ehe die neue Eintheilung eingeführt wird, sonst würden sich die größten Uebelstände herausstellen. Vor Allem müßte den Bezirks-Vorstehern behufs der Waisenpflege Hülfe beigegeben werden.

Herr Döring hält es nicht für gerathen, bei Einführung der neuen Eintheilung schon Anträge behufs Unterstützung der Waisenräthe zu machen. Die Uebelstände würden sich wohl in der Praxis herausstellen und können dann leicht beseitigt werden.

Hierauf wird der anderweitigen Abgrenzung, wie solche vom Magistrat vorgeschlagen, zugestimmt.

Zum Vorsteher des 25. Stadtbezirks wird Herr Molkereibesitzer Fr. Marten, Heinrichstr. 32, zu dessen Stellvertreter Herr Kaufmann Böttcher, Zabelsdorferstr. 12, und zum Vorsteher des 26. Stadtbezirks Herr Kaufmann Theune, Apfelallee 16, zu dessen Stellvertreter Herr Kaufmann Brunner, Apfelallee 29, gewählt.

Gelegentlich der Kohlenstations-Anlage am Dunzig wurden dem Pächter der Möllnwiese Nr. 1, Herrn Leo Wolff, 2509 Qm. Terrain entzogen. Die Versammlung erklärt sich nach dem Vorschlage des Magistrats damit einverstanden, daß dafür Herrn Wolff 1422 Qm. Terrain vom Pachthofe 10—11 am Dunzig tauschweise als Entschädigung überlassen werde.

Zur Aufstellung einer neuen Laterne in der Heinrichstraße werden 100 Mark und an jährliche Unterhaltungskosten für diese Laterne, sowie für eine Laterne in der Löwestraße je 28 Mk. 20 Pf. bewilligt.

In den Etats waren bisher an Kosten für die Reisen zur Besichtigung der städtischen Forstreviere 1200 Mark eingestellt, diese Summe hat jedoch nicht ausgereicht und beabsichtigt der Magistrat, für diese Reisen Pauschalsummen in den Etats einzustellen. Es haben deshalb Ermittelungen stattgefunden, welche Kosten diese Reisen, welche von dem Vorsitzenden der Oekonomie-Deputation unternommen werden, innerhalb der letzten 6 Jahren verursacht haben; der Durchschnittspreis ergab für eine Reise nach dem Blockhaus 7 Mk., nach Bodenberg 5 Mk., nach Messenthin 13 Mk., nach Wussow 11 Mk. und nach Wolfshorst im Sommer 17 Mk. und im Winter 21 Mk. Daneben wurden für den ganzen Tag 9 Mk., für den halben Tag 6 Mk. Diäten gezahlt. Es wurde ferner ein Gutachten des kgl. Forstmeisters Küster darüber eingeholt, wie viel Reisen während des Jahres nach den einzelnen Forstrevieren nöthig seien. Derselbe erklärte, daß diese Reisen so oft als möglich vorgenommen werden müßten, mindestens aber nach Blockhaus 24 Mal, nach Bodenberg 24 Mal, nach Messenthin 11 Mal, nach Wussow 17 Mal und nach Wolfshorst im Sommer 10 Mal und im Winter 15 Mal, so daß auf jede Woche durchschnittlich 2 Reisen kämen. Demnach schlägt der Magistrat vor, in den nächsten Etats für die Reisen des Vorsitzenden der Oekonomie-Deputation eine Pauschalsumme von 1900 Mk. einzustellen, außerdem für die Reisen der Mitglieder der Deputation 300 Mk. und für Droschkengelder innerhalb der Stadt 10 Mk., während Herr Cohn im Auftrage der Finanzkommission beantragt, dieser Vorlage zuznstimmen.

Her Aron hält die angeführten Sätze für die einzelnen Reisen für zu hoch, so sei nach Messenthin jetzt Dampferverbindung eingerichtet und könne eine Fahrt nach dort doch unmöglich 13 M. Kosten verursachen. Er beantragt in den Etat pro 1882—83 800 Mark Diäten und 1100 Mark Reisekosten für den Vorsitzenden und 300 Mark Reisekosten als Maximalsumme für die Mitglieder der Oekonomie-Deputation einzustellen, dagegen die Bewilligung einer Pauschalsumme abzulehnen und zu beschließen, daß eine jedesmalige Liquidation über die entstandenen Ausgaben eingereicht wird.

Für diesen Antrag ergreifen die Herren Graßmann und Wendlandt das Wort und wird derselbe darauf angenommen.

Eine lange Debatte entspinnt sich über die Vorlage des Magistrats, betr. Bewilligung von 2000 Mk. behufs Gangbarmachung der Jakobi-Kirchthurmuhr. Nachdem zwischen Herrn Uhrmacher Steinbrink und dem Magistrat ein Plan für die Reparatur vereinbart worden war, ist vorgestern no ein Schreiben eingegangen, worin Herr Uhrmacher Hahlweg einen anderen Plan vorlegt, den er für zweckmäßiger und billiger hält. Herr Steinbrink hält das Werk der Uhr für gut, er glaubt, daß der Grund für die Mißstände nur in der Art und Weise zu suchen ist, wie die Uhr angelegt ist. Das Zeigerwerk, sowie das Schlagwerk seien zu weit von der eigentlichen Uhr entfernt und soll nach dem Plan des Herrn St. die Uhr in gleicher Höhe und in größerer Stufe der Zeiger aufgestellt werden, auch müsse, um eine vollständige Reparatur herbeizuführen, das Schlagwerk in dem Thurm angebracht werden. Herr Hahlweg dagegen will Uhr und Schlagwerk an der alten Stelle belassen und glaubt, daß durch Einstellung einer besonderen Triebkraft in die Leitung der Zeiger den Uebelständen abzuhelfen sein würde.

Während der Magistrat vorschlägt, die Reparatur der Uhr nach dem Steinbrink'schen Plane vorzunehmen, jedoch das Schlagwerk nicht zu verändern, beantragt

Herr Masche als Referent, die Vorlage nochmals behufs Prüfung der beiden vorliegenden Pläne an den Magistrat zurückgehen zu lassen.

Herr Domke glaubt, daß der Uebelstand so groß, daß eine dringende Abhülfe nöthig und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, nach bestem Ermessen die Reparatur sofort vornehmen zu lassen und dafür 2000 Mk. zu bewilligen.

Herr Dittmer bringt schließlich den Antrag ein, das alte Projekt des Herrn Steinbrink zur Ausführung zu bringen (also mit Verlegung des Schlagwerks) und dafür 1500 Mark zu bewilligen.

Nach einer sehr lebhaften Debatte werden sämmtliche Anträge abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

Die Uebertragung der Bau- und Wirthschaftsfuhren an den bisherigen Unternehmer, Herrn Fuhrherr Collas, auf ein Jahr wird genehmigt.

An Reparaturkosten für das Haus Mönchenstraße 34 werden 350 Mark nachbewilligt und zur Renovirung der in demselben Hause belegenen Wohnung des Herrn Dir. Lemke 1300 Mk. bewilligt.

In einer früheren Sitzung wurde ein Gesuch des Kaufmanns Weiß, Besitzer des Hauses Frauenstraße 45, betreffend Aenderung der Vorfluthverhältnisse an diesem Hause dem Magistrat überwiesen und der Magistrat hatte nach erfolgter Untersuchung eine Regulirung des Rinnsteins vor dem Grundstück vorgenommen, wodurch 3520 M. Kosten entstanden sind. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das Gesuch des Herrn W. nicht begründet war und beantragt daher Herr Steidel, die frühere Vorfluth wiederherzustellen. Dieser Antrag wird auch nach kurzer Debatte angenommen und zwar soll die Wiederherstellung auf städtische Kosten ausgeführt werden.

Zwei weitere für gestern anberaumte Vorlagen: „Bewilligung von 1140 Mk. resp. 640 Mk. zur Herstellung der Wasser- und Gasleitungsanlagen auf dem Viktoriaplatz" und „Rückäußerung auf den Beschluß betreffend die Errichtung von öffentlichen Bedürfnißanstalten für Frauen" werden von der Tagesordnung abgesetzt, trotzdem erreichte erst nach 9 Uhr die Sitzung ihr Ende.

Stettin, 8. Februar. Gestern Nachmittag 4 Uhr fand in der Aula des Marienstifts-Gymnasium unter ziemlich reger Betheiligung des Publikums die General-Versammlung des „Zentral-Verbandes der Armenpflege-Vereine Stettins" statt. Auf der Tagesordnung standen folgende 3 Gegenstände: 1) Bericht über die Thätigkeit des Verbandes im Jahre 1881; 2) weitere Organisation der Vereins-Armenpflege, insbesondere Gründung einer Zentral-Auskunfts-Stelle; 3) Vorschläge zu wirksamerer Bekämpfung der Bettelei. Herr Prof. Kuhr übernahm auf Wunsch und im Auftrage der Frau Bürgermeister Sternberg den Vorsitz und eröffnete die Sitzung, indem er einige im Publikum noch bestehende Unklarheiten über die Bestrebungen des Zentral-Verbandes zu erläutern unternahm, worauf er Frau Bürgermeister Sternberg das Wort zum Referat über Punkt 1 der Tagesordnung ertheilte. Den zweiten Gegenstand derselben erledigte ein längerer Vortrag des Herrn Polizeipräsidenten Graf Hue de Grais, dem ein Referat des Herrn Prof. Kuhr über Punkt 3 folgte. An dieses schloß sich eine größere Diskussion, an der u. A. die Herren General-Superintendent Dr. Jaspis, Ober-Konsistorialrath Dr. Küper, die Prediger Wegeli, Gehrke und Brandt theilnahmen. Das in der General-Versammlung des Zentral-Verbandes zu Tage geförderte Material ist so interessant und greift so weit in die allgemeine Oeffentlichkeit, daß wir unseren Lesern die Berichte und Referate der verschiedenen Redner möglichst wortgetreu wiedergeben wollen, womit wir im Feuilleton unserer heutigen Morgenzeitung bereits beginnen.

— Ein Auswanderungsagent, welcher einen zu 14monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilten Wilddieb seines Vortheils wegen nach Amerika befördert und so der Strafvollstreckung entzogen hatte, obgleich er wußte, daß der Auswanderer zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt war und diese Strafe noch nicht verbüßt hatte, wurde wegen Begünstigung aus § 257 des Strafgesetzbuches zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt. Die von dem Agenten dagegen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht, I. Straffenat, durch Urtheil vom 8. Dezember v. J. verworfen.

— Schwurgerichts-Sitzung vom 7. Februar. (Fortsetzung.) Anklage wider den Pferdeknecht Herm. Friedr. Zerbst aus Güstow wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge. Durch das Verdikt der Geschworenen wurde der Angeklagte wiederum für schuldig befunden, ihm jedoch mildernde Umstände zugebilligt. Der Gerichtshof erkannte auf 5 Monate Gefängniß, wovon 2 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Anklage wider den Schuhmachergesellen Heinr. Rosenstein aus Martinfelde wegen versuchter Brandstiftung. Der Angeklagte, ein ganz verkommener Mensch, welcher schon wiederholt wegen Betteln und Landstreichens, sowie wegen Diebstahls bestraft ist, wurde im September v. J. zu 2jähriger Korrektionshaft verurtheilt und sollte diese Strafe in der Landarmenanstalt zu Ueckermünde verbüßen. Der Aufenthalt daselbst behagte ihm jedoch nicht und er suchte von dort fortzukommen. Nachdem ein am 6. Oktober unternommener Fluchtversuch mißglückt war, scheute R. selbst nicht vor einem Verbrechen zurück, um seinen Zweck zu erreichen. Am Abend des 12. November nahm R. eine Flurlampe, ging damit in den Schlafsaal der Anstalt und stellte die brennende Lampe nnter einen Strohsack; als der letztere kaum in Brand gerathen war, wurde das Feuer entdeckt und jede weitere Gefahr beseitigt. Der Angeklagte giebt bei seiner Vernehmung zu, daß er die Absicht gehabt, ein Verbrechen auszuführen, um in das Gefängniß zu kommen. Durch das Verdikt der Geschworenen wurde er der vorsätzlichen Brandstiftung für schuldig befunden und zu 2 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf gleiche Dauer und Zuläßigkeit von Polizeiaufsicht verurtheilt.

— Bei dem Kleiderhändler Guhrau auf der Beutlerstraße trat am Montag gegen Abend ein unbekannter Mann ein, der den Wunsch aussprach, einen etwas guten Anzug zu kaufen, wobei er erklärte, nicht auf den Preis zu sehen, da es ihm nicht an genügenden Geldmitteln fehle. Der Verkäufer legte ihm eine Anzahl Anzüge vor, von denen der Unbekannte einen besseren auswählte und anzog. Als dies geschehen, ergriff er, ohne an die Bezahlung zu denken, die Flucht. Er wurde jedoch eingeholt und verhaftet. Auf der Revierwache gab er an, Berndt zu heißen und Schneider zu sein, in seinem Besitz fand man kein Geld.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Im Wartesalon 1. Klasse." Lustsp. 1 Akt. Hierauf: 1. Abtheilung des Dengremont-Konzertes. Dann: „Er kompromittirt seine Frau." Lustsp. 1 Akt. Zum Schluß: 2. Abtheilung des Dengremont-Konzertes.

Vermischtes.

— In einem in Frankfurt gelesenen Blatt finden wir folgende Styl-Perle: „Heute würde eine Ehe geschieden, welche das Paar, als schon fast die Greiseslocken das Haupt des Mannes einsäumten, und die Frau ganz Kümmel und Salz war, vor zwei Jahren geschlossen wurde. Als schuldiger Theil wurde die Frau erklärt, welche, wie erwiesen wurde, ihren Mann dermaßen fuchtelte, daß sich derselbe dem Trunke ergab, davon jedoch abstand, als er sich freiwillig von ihr getrennt hatte und wieder ganz der Pflege seiner Affen lebte." Möge der humoristische Stylist auch dem seinen, der seiner Feder so anmuthige Wendungen eingiebt, alle Pflege zu Theil werden lassen.

— Wortgetreue Unterhaltung aus einem Berliner Miethskomtoir. „Bei wem haben Sie zuletzt gedient?"

„Bei'ne sehr reiche blinde Dame."

„Und warum verlassen Sie diese Stelle?"

„Ach Jott, die Olle kiekte Eenen ja zu sehr uf die Fingern, und det paßt mir nich!"

Telegraphische Depeschen.

München, 7. Februar. (B. T.) In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß Beust von Paris abberufen, und der hiesige österreichische Gesandte Baron Bruck seine Stelle erhalten würde.

Petersburg, 6. Februar. Die Verhandlungen in dem Prozesse gegen Mrowinsky, Tegleff und Furssow, welche am 26. d. M. in dem Kassations-Departement beginnen sollten, sind, wie der „Golos" vernimmt, wegen der Komplizirtheit der Angelegenheit bis Mitte März vertagt worden.

Petersburg, 7. Februar. Der Zustand des Fürsten Suworoff, welcher gestern einen wiederholten Schlaganfall erlitten, wird in Folge dessen als hoffnungslos bezeichnet.

Rom, 7. Februar. Nach den vorliegenden Nachrichten befindet sich Garibaldi in der Rekonvaleszenz und werden ärztliche Bulletins über sein Befinden nicht mehr ausgegeben. Den ärztlichen Anordnungen zufolge soll Garibaldi jedoch noch keine Besuche annehmen.

Kairo, 6. Februar. Der Ministerrath hat die einzelnen Artikel des organischen Gesetzes bis auf diejenigen über das Budget angenommen. Wie es heißt, wird von der Regierung der Plan begünstigt, die Kontrole des Budgets den Ministern und 7 Mitgliedern der Notabelnkammer zu überweisen.